

2011-09-13

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

**Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus
sowie dem Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport**

am 01.09.2011

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau**

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Mau, Hans-Joachim
Gebhardt, Roland

Anwesend bis TOP 14.12
Vertreter für Herrn Trocha ab TOP 14.13

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schwierz, Andreas

Vertreter für Herrn Krüger

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf
Dreibrodt, Hans-Peter

Vertreter für Herrn Laue

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen, Dr.

Abwesend zu TOP 11 und ab TOP 16.2

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wurde durch die Vorsitzenden der Ausschüsse für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie Kultur, Bildung und Sport die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen - teilweise gemeinsamen - Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Gremien festgestellt.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung für den **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** wurden durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, folgende **Änderungsanträge** gestellt:

- Die im Punkt 3.1. der Einladung angekündigte Beschlussvorlage „Objekt Kornhaus – Entscheidung zur Neuverpachtung (DR/BV/307/2011/VI-65)“ soll zurück gestellt werden. Die Behandlung der Vorlage werde in einer der nächsten Sitzungen der Ausschüsse erfolgen.
- Die im Punkt 7.1. der Einladung in Aussicht gestellte Information zum Hydrologischen Gutachten Flugplatzentwässerung (FUGRO-HGN - Herr Riemann) werde aufgrund laufender interne Abstimmungen ebenfalls zurück gestellt.
- Der Beschluss „Fristwahrende Klageerhebung gegen die Baugenehmigung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld vom 12.01.2010 (DR/BV/271/2011/II-30)“ sei in den nichtöffentlichen Teil unter Punkt 8.2 der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie Bauwesen, Verkehr und Umwelt vorzuziehen.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zu den ausgereichten Tagesordnungspunkten der einzelnen Ausschüsse nicht vorgebracht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnisse:

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** einstimmig bestätigt. **7 / 0 / 0**

Vor der Abstimmung durch den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass er der Tagesordnung nicht zustimmen könne, da die Verwaltung nicht näher erläutert habe, warum die Tagesordnungspunkte zurück gestellt werden sollen.

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde vorgeschlagen, diese Erläuterungen im nichtöffentlichen Teil zu geben.

Dem wurde zugestimmt.

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** mehrheitlich bestätigt. **8 / 1 / 0**

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport** mehrheitlich bestätigt. **8 / 0 / 1**

Anschließend wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

5. **Schließung der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport**

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, verabschiedete die Mitglieder des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport und dankte ihnen für ihre Anwesenheit.

Fortsetzung der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

6. **Öffentliche Beschlussfassungen**

6.1. **Radverkehrskonzept der Stadt Dessau-Roßlau** **Vorlage: DR/BV/319/2011/BL/Gr**

Als Einbringer dieser Vorlage bemerkte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, eingangs, dass der Beschlussentwurf bereits im Vorfeld mit allen Fraktionen abgestimmt worden sei. Weiter gehende Erläuterungen könne man auf Nachfrage geben.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, signalisierte seine unbedingte Unterstützung des Vorhabens als Ergebnis der Bauausschusssitzung zur Thematik Albrechtstraße. Er machte aber auch deutlich, dass das Vorhaben eine längere Zeit in Anspruch nehmen werde.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, gab den anwesenden Mitgliedern zur Information, dass sich die Verwaltung grundsätzlich diesem Vorhaben anschließt. Aus der bereits erwähnten Bauausschusssitzung am 09.06.2011 habe man diesen Arbeitsauftrag abgeleitet. Diese Ergebnisse wolle man dem Gremium am 06.10.2011 vorstellen, so dass man zur heutigen Behandlung der gleichen Thematik eine Zurückstellung bis zu diesem Termin befürworten würde. Da an diesem Tag der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zur Erstellung des Radverkehrskonzeptes tage, würde es Sinn machen, über das gesamte Prozedere abzustimmen.

Auf Nachfrage von **Herrn Busch**, was dem Beschluss entgegenstehen würde, antwortete **Herr Schönemann**, dass man das Angebot der Verwaltung annehmen sollte, um ein gemeinsames qualifiziertes Papier mit richtungsweisendem Inhalt auf den Weg zu bringen.

Dem Ansinnen von **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, über den Beschluss heute zu beschließen, setzte **Herr Beigeordneter Hantusch**, entgegen, dass die Verwaltung gegenwärtig bereits dabei sei, den Prozess der Erarbeitung des Radverkehrskonzeptes zu strukturieren, Schwerpunkte zu setzen und den Inhalt zu beschreiben, so dass es vorteilhafter wäre, vorher gemeinsame Gespräche zu Schwerpunktsetzungen zu führen und dann in einem Papier münden zu lassen und zum Beschluss vorzubereiten.

Nachdem **Herr Busch** weiter an seinem Vorschlag festhielt, schlug **Herr Mau** abschließend vor, die Vorlage heute zu beschließen, die Verwaltung die Vorlage weiter mit dem Einreicher modifiziert und dann in den nächsten Bauausschuss und in den übernächsten Stadtrat mit auf die Tagesordnung kommt. Mit dieser Vorschlagsweise könne Herr Busch mitgehen.

Aufgrund der Überfrachtung des Themas, sollte, so **Herr Bähr, Fraktion der FDP**, der letzte Absatz der Beschlussfassungen gestrichen werden.

Nach Beendigung der Diskussion stellten die einzelnen Ausschussvorsitzenden in ihrem Gremium die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

6 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung geändert beschlossen.

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde vom Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt geändert beschlossen.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen zum Hydrologischen Gutachten Flugplatzentwässerung (FUGRO-HGN - Hr. Riemann)

Die Informationen wurden **zurück gestellt**.

Durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10. Schließung der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt um 17:50 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 13.09.11

i. A. Riehl
Schriftführerin

Fortsetzung der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

11. Genehmigung der Niederschrift vom 29.06.2011

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 29.06.2011 wurden keine Anträge auf Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte das Protokoll zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 29.06.2011 wurde geändert bestätigt.

12. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums am 29.06.2011

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die folgende Beschlussfassung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 29.06.2011:

*Vergabe von Bauleistungen
Hochwassersicherer Ausbau der Südstraße - Ausbaustufe 1
Vorlage: DR/BV/227/2011/VI-66*

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

13. Öffentliche Informationsvorlagen

13.1. Information über die Berichterstattung des ÖPNV-Aufgabenträgers Stadt Dessau-Roßlau gemäß EU-Verordnung 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße

Vorlage: DR/IV/044/2011/VI-66

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

14. Öffentliche Beschlussfassungen

14.1. Vernässungsproblematik auf dem Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: DR/BV/308/2011/VI-83

Einführend nahm **Herr Mardicke, Amt für Umwelt und Naturschutz**, Bezug auf die extremen Niederschlagsereignisse des Herbstes 2010, den Folgen in der Stadt sowie die daraufhin erfolgte Gründung der regionalen Arbeitsgruppe Vernässung, die sich dem Problem auf Landesebene widmet.

Nach Erstellung des hydrogeologischen Gutachtens war die Aufgabe, einen Katalog mit der Auflistung der notwendigen Maßnahmen in den Schwerpunktgebieten zu entwickeln, der dem Land den notwendigen Investitionsbedarf im Stadtgebiet aufzeigt. Im weiteren Verfahren sei die Sichtung und Wichtung der Vorhaben durch das Landesverwaltungsamt vorgesehen, bevor durch das Umweltministerium ein Entscheidungsvorschlag zur Finanzierung der Maßnahmen bis zum Jahresende der Landesregierung vorzulegen sei.

Zur konkreten Lage im Stadtgebiet beschrieb Herr Mardicke einen Investitionsbedarf von ca. 7 Mio. € zur Ertüchtigung des bestehenden Grabensystems und erläuterte die Einzelmaßnahmen sowie deren geschätzte Kosten. Für das Entwässerungsgebiet Alten und Zoberberg werde ein Pilotprojekt vorgesehen.

Als weiteres Problem beschrieb Herr Mardicke die Tatsache, dass seitens des Landes die Zuschüsse an die Unterhaltungsverbände stark reduziert wurden. Hier habe man in der Arbeitsgruppe angeregt, diese Bezuschussung wieder einzuführen, um die Möglichkeit einzuräumen, den Unterhaltungsstau schrittweise aufzuheben.

Dass man sich in der Arbeit der letzten Monate schrittweise an das Machbare angenähert und die Handlungsschwerpunkte herauskristallisiert habe, merkte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, an. Im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit der Fachämter, den Lorkgraben betreffend, kritisierte er die Vorgehensweise im Bereich des Lorkteichs und empfahl diesbezüglich den Verzicht auf die Anstauung des Gewässers, die zu Lasten der Grundwasserstände im Bereich der umliegenden Bebauung erfolge.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann** zur Aussetzung des Vertrages mit dem Anglerverband, erklärte **Herr Mardicke**, dass ein Anstauen des Gewässers aus ökologischer Sicht nicht notwendig sei. Die Höhe der Anstauung sei bereits in den letzten Jahren reduziert worden, die Auswirkungen auf die Keller der umliegenden Gebäude seien zu prüfen.

Als weiteres Problem schilderte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Wasserabführung durch die Taube. Hierzu seien weiter gehende Untersuchungen anzustellen. Diesbezügliche bauliche Umsetzungsmaßnahmen seien in den Mittelanmeldungen enthalten, erläuterte **Herr Mardicke**.

Auf die Bitte von **Herrn Otto** um Bestätigung, dass künftig keine flächendeckende Grundwasserbewirtschaftung erfolgen werde, verwies **Herr Schönemann** auf den Beschlusspunkt 6, der genau diese Festlegung beinhalte.

Herr Schönemann äußerte die Bitte, dass das Fachamt die Maßnahmen, die die Ortschaft Kleinkühnau betreffen, in einer Ortschaftsratssitzung vorzustellen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorschläge wurden ungeändert bestätigt.

14.2. Satzung zur Förderung des Ausbildungsverkehrs in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/238/2011/VI-66

Einführend verwies **Herr Link, Tiefbauamt**, anhand einer Ausreichung auf geplante Gesetzesänderungen hinsichtlich geänderter Regelungen zur Zuweisung der ÖPNV-Mittel, die eine Korrektur der vorliegenden Beschlussvorlage notwendig machen. Er erläuterte weiter gehend den geänderten Satzungsentwurf zur Ausreichung der Mittel.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorschläge wurden mit den ausgereichten Änderungen bestätigt.

14.3. Beitragssatzung für das Jahr 2011 der Stadt Dessau-Roßlau zur Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Rodleben
Vorlage: DR/BV/254/2011/VI-60

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, hinterfragte mögliche negative Auswirkungen, da man innerhalb des Stadtgebiets zur Abrechnung der Straßenausbaubeiträge einerseits Einmalbeträge und andererseits wiederkehrende Beiträge zu Grunde lege. Entgegen des Beschlussvorschlages votiere er für eine einheitliche Regelung in der gesamten Stadt.

Frau Wormuth, Bauverwaltungsamt, verwies auf die Erstreckungssatzung Rodleben, die den Geltungsbereich der Satzung auf unbegrenzte Zeit festlegte. Hier sei nur die Ergänzung der seit 2004 geltenden Satzung zu beschließen.

Herr Rumpf, Fraktion der CDU, ergänzte, dass die Satzung existiere und man lediglich die Berechnungsmodalitäten durch eine Beitragssatzung festzulegen habe. Auf Grundlage der Satzung seien bereits Maßnahmen durchgeführt worden.

Auf den Einwurf von **Herrn Schönemann**, dass eine Ungleichbehandlung innerhalb der Stadt erfolge, merkte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, an, dass man auf der einen Seite das Satzungsrecht und dessen Anwendung im Stadtgebiet Dessau und auf der anderen Seite den

Willen beim Zusammengehen von Dessau und Rodleben mit bestimmten Bedingungen zu beachten habe. An dieser Stelle erfolge nur die Festlegung der Beitragszahlungen.

Man habe sich in Dessau gegen die wiederkehrenden Beiträge entschieden, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, weil die Abgrenzung der Abrechnungsgebiete ein Problem darstelle. Diese Problematik bestehe in Rodleben nicht. Demnach sollte man das gewählte System für Rodleben beibehalten.

Auf die Bitte von **Herrn Schönemann** hinsichtlich einer Aussage der Verwaltung, dass diese Lösung keine Widerspruchsverfahren nach sich ziehe, erklärte **Frau Wormuth**, dass nach den Beitragsbescheidungen und möglichen Widersprüchen erforderlichenfalls gerichtliche Entscheidungen herbei zu führen seien.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 1 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

**14.4. Unterzeichnung der Deklaration - Biologische Vielfalt in Kommunen
Vorlage: DR/BV/255/2011/VI-65**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

**14.5. Maßnahmebeschluss zur Sanierung der Grundschule Friederikenstraße
23.
Vorlage: DR/BV/285/2011/V-40**

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, erläuterte, dass für die in der Vorlage beschriebene Auflösung des Horts bereits eine Lösung gefunden sei, die man anhand der anliegenden Zeichnungen nachvollziehen könne. Man werde den Maßnahmenbeschluss für den Hort in der nächsten Ausschusssitzung am 06.09.2011 zur Beschlussfassung vorstellen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

**14.6. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Erschließungsbeiträge in der Stadt Dessau-Roßlau (Erschließungsbeitragssatzung - veröffentlicht im Amtsblatt 26. April 2008)
Vorlage: DR/BV/295/2011/VI-60**

Als Aufgabe beschrieb **Frau Wormuth, Bauverwaltungsamt**, die Prüfung der Einführung eines Solidarprinzips bei der Beitragsberechnung und erläuterte auf Nachfrage von **Herrn Schöne-**

mann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, die Auswirkungen auf beispielhafte Beitragsbemessungen für die Erschließung der Siedlung Hagenbreite.

Durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, wurde darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung „Ortsgesetzgeber“ in der Anlage zur Beschlussvorlage unrichtig sei und hinterfragt, ob man sich bewusst sei, dass mit Widersprüchen aufgrund der Bemessung der Beiträge in der Vergangenheit beispielsweise im Kleinring oder der Vogelsiedlung zu rechnen sei.

Da man hier die Erschließungsbeitragssatzung ändere, sei mit Widersprüchen mit Bezug auf die Berechnung von Beiträgen zum Straßenausbau nicht zu rechnen, so **Herr Schönemann**.

Da man, so **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, im Verlauf der Bearbeitung unterschiedliche Lösungen für die Entwässerung in der Hagenbreite und somit unterschiedliche Kosten in Betracht gezogen habe, sei vorgebracht worden, dass eine gewisse Willkür bei der Wahl des Systems vorherrsche. Fraglich sei hierbei, ob die Kommunikation immer optimal gestaltet wurde.

Durch **Herrn Schönemann** wurde das gewählte System der Entwässerung der Siedlung Hagenbreite und die Ausführung und Abrechnung der Straßenbeleuchtung als bisher strittig dargestellt.

Auf den Hinweis von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass man hier nicht über die Hagenbreite diskutiere, sondern über die Beitragsbemessung bei Erschließungsmaßnahmen, wurde die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

14.7. Variantenuntersuchung Ostrandstraße und weitere Vorgehensweise Vorlage: DR/BV/297/2011/VI-66

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, bemerkte einfürend, dass die folgenden drei Beschlussvorlagen im Ganzen zu betrachten seien. Er erläuterte den Planungsprozess für das Vorhaben Ostrandstraße und beschrieb, beispielhaft mit dem Kauf eines Grundstücks im Trassenbereich durch die Oststrand GmbH, die Schwierigkeiten im Planungsverlauf und deren zeitlichen Auswirkungen, die in einem Risiko-Radar immer deutlicher wurden und nun eine Reaktion erforderten.

Die intensiven Gespräche mit den Denkmalbehörden zur Verschiebung des Deichtors seien nach positiven Signalen letztlich nicht erfolgreich verlaufen. Auch zwei Minister seien diesem ablehnenden Votum gefolgt.

Seitens des Bauministeriums sei signalisiert worden, dass die Fördermittel bis zum Jahr 2014 abzurechnen seien.

Darüber hinaus habe man eine Abschätzung des Risikos aufgrund des Klagepotentials vorgenommen und sei bei einer realistischen Einschätzung auf einen Verzug von zwei Jahren durch die Verfahrensdauer gekommen.

Bei den genannten Risiken sei man gehalten gewesen, ein Ersatzvorhaben parallel vorzubereiten und schlage nunmehr – vor allem vor dem Hintergrund des Zeitdrucks, den das MLV aufmache – die Umwidmung der Fördermittel der Ostrandstraße zu Gunsten des Vorhabens Muldebrücke vor. Das Vorhaben Ostrandstraße werde man mit allem Nachdruck fortführen und den Planfeststellungsbeschluss bis zum Dezember 2011 herbeiführen. Derzeit befinde man sich nach Durchführung der Erörterungstermine in der Bearbeitung der Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen. Die Klagefrist belaufe sich bis zum Ende Januar 2012.

Nach erneuter Abfrage beim MLV hinsichtlich der Verschiebung der Fristsetzung zur Benennung eines Ersatzvorhabens wurde hierzu der Termin 30.09.2011 genannt.

Der Zeit-Maßnahme-Plan für das Vorhaben Muldebrücke ermögliche die zeitgerechte Verwendung der in Aussicht gestellten Fördermittel. Wenn keine Umwidmung der Mittel erfolge und kein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss also das Baurecht für die Ostrandstraße hergestellt werden könne, seien diese Mittel ein für alle mal weg.

Der Ostrandstraße werde man die oberste Priorität bei der Beantragung für die nächste Förderperiode beimessen.

Im Anschluss erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch** die, entsprechend des Prüfauftrages vorgenommene Prüfung der alternativen Trassenführungen der Ostrandstraße im Bereich der Wasserstadt. Hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit und des zeitlichen Ablaufs sei als Fazit zu ziehen, dass im Vergleich zur Vorzugsvariante, die derzeit im Planfeststellungsverfahren behandelt werde, keine Alternative zugleich zeitliche und kostenmäßige Einsparungen bringe.

Abschließend warb er dafür, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und somit das in Aussicht gestellte Geld für die Stadt zu sichern.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies auf den Ortschaftsrat Waldersee, der trotz der fehlenden Abbiegemöglichkeit in Richtung Ostrandstraße mit der Variante 3 einverstanden sei. Darüber hinaus müsse man keine Enteignungen durchführen, umgehe entsprechende Klageverfahren und spare Kosten ein. Die Notwendigkeit der Anpassung des Verkehrsentwicklungsplans sei für ihn nicht nachvollziehbar, ebenso wie die dargestellte Dauer der Überarbeitung der Planung. Er plädiere für die Umplanung der Trasse im Bereich der Wasserstadt entsprechend der Variante 3.

Auch seine Fraktion zeige eine gewisse Affinität zur Variante 3, erklärte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Er würde einen entsprechenden Antrag unterstützen.

Herr Trocha, Fraktion der CDU, äußerte ebenfalls seine Unterstützung für einen solchen Antrag.

Sollte die Frist für die Umplanungen zu reduzieren sein, so **Herr Eichelberg, Fraktion der SPD**, würde auch er für die Variante 3 votieren.

Um die Meinung der Verwaltung zu den Aussagen von Herrn Otto bat **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**.

Frau Jung, Tiefbauamt, verwies eingangs darauf, dass die Vorzugsvariante die Inhalte des Verkehrsentwicklungsplans zu 100 % umsetze und erläuterte, dass jede neue Variante Planungsänderungen nach sich ziehe, die mit entsprechenden zeitlichen Aufwänden verbunden seien. Der Verzicht auf die Anpassung des Verkehrsentwicklungsplans mache das Verfahren angreifbar. **Herr Beigeordnete Hantusch** verwies darauf, dass bereits im laufenden Verfahren die Gültigkeit des Verkehrsentwicklungsplans angezweifelt werde. Darüber hinaus müsse bedacht werden, dass eine Fortschreibung auch neue Ergebnisse mit sich brächten.

Der Verkehrsentwicklungsplan sollte nicht fortgeschrieben, sondern lediglich entsprechend der geänderten Verkehrsführung angepasst werden, so **Herr Otto**. Die Kreuzungsänderung würde sich nur marginal auswirken.

In den Abstimmungen mit der Denkmalpflege wurde erklärt, so **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dass die Variante 3 wesentliche Prüfungen hinsichtlich der denkmalpflegerischen und gestalterischen Belange notwendig mache. Dafür sei die Kreuzungsgestaltung erst planerisch auszuarbeiten.

Die Vorzugsvariante sei die einzige, die mit allen Denkmalpflegebehörden abgestimmt sei, erinnerte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Dies sei mit der Variante 3 nicht der Fall, sie bedeute keinen zeitlichen Gewinn bzw. Risikominimierung hinsichtlich des Klagepotentials. Für ihn stelle sich die Frage, welche Folgen resultieren, wenn man die Variante 3 verfolge, keine Umwidmung der Mittel vornehmen und im Anschluss die Fördermittel in Höhe von 11 Mio. € für die Stadt verloren gingen.

Herr Unger, Tiefbauamt, bescheinigte der Ostrandstraße in der Vorzugsvariante eine Bedeutung, die über die Beurteilung durch die Walderseer Bevölkerung hinausgehe. Eine Abkehr bedeute ebenso, dass die Ziele für die Beruhigung der Innenstadt und der Wasserstadt nicht umsetzbar seien. Der Prognosehorizont des Verkehrsentwicklungsplans liege im Jahr 2015, der mit den genannten Verzögerungen dann erreicht sei. In den Klageverfahren habe der Richter dann die Planungsgrundlage zu beurteilen.

Der Abriss eines Denkmals sei in der Öffentlichkeit nicht darstellbar, argumentierte **Herr Otto**. Er könne eine gravierende Änderung der Verkehrsführung der Variante 3 im Vergleich zur Vorzugsvariante nicht erkennen, eine Anpassung des Verkehrsentwicklungsplanes halte er für zeitnah machbar.

Durch **Herrn Trocha** wurde folgender **Änderungsantrag** der Fraktion Pro Dessau-Roßlau verlesen:

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Variante 3 - Knoten mit Lichtsignalanlage ohne Abbiegefunktion aus Waldersee kommend - wird realisiert.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bearbeitungszeit auf 6 Monate zu begrenzen. Dies ist durch intensive Zusammenarbeit von Verwaltung und Planer zu sichern.*

Begründung:

- Die Variante 3 bringt enorme Kostenersparnisse,*
- sie erspart 2 notwendig erscheinende Enteignungsverfahren,*
- sie erhält ein Denkmal und erspart den Abriss,*
- sie wird vom Ortschaftsrat Waldersee mit getragen.*

Herr Beigeordneter Hantusch machte nochmals deutlich, dass die Verwaltung eindeutig für die Beibehaltung des ursprünglichen Beschlussvorschlages votiere.

Durch **Herrn Dr. Neubert** wurden die durch die Verwaltung geäußerten Bedenken an der Änderung des Beschlussvorschlages geteilt. Er bat die Mitglieder des Gremiums, zur Vermeidung des dargestellten Risikos, dem Antrag nicht zu folgen.

Der Änderungsantrag wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 2 : 0

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich bestätigt.

Die Beschlussfassung zur Vorlage ergab folgendes:

Abstimmungsergebnis:

6 : 2 : 0

Die Beschlussvorlage wurde mit den beantragten Änderungen mehrheitlich bestätigt.

14.8. Entscheidung über die Prioritätensetzung zum Einsatz der, der Stadt Dessau-Roßlau in der EU-Strukturfondsperiode EFRE 2007 - 2013 in Aussicht gestellten Fördermittel aus dem Programm "Förderung von Vorhaben aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und mit Bundesmitteln nach § 3 Abs. 1 S. 1 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) für Vorhaben des kommunalen Straßenbaus"
Vorlage: DR/BV/312/2011/VI-66

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, äußerte eingangs, dass er ein Problem mit der Informationspolitik der Verwaltung gegenüber dem Stadtrat habe und bezog sich dabei auf eine Veröffentlichung in der regionalen Presse, die eine bereits festgelegte Beschlussfassung suggeriere. Er bat die Verwaltung um Prüfung, künftig Sperrvermerke in den öffentlichen Vorlagen vorzunehmen.

Zum Beschlussvorschlag der Verwaltung erklärte er, dass er keine Veranlassung sehe, die Prioritätensetzung für die Ostrandstraße zum jetzigen Zeitpunkt zu korrigieren. Das geschilderte Klagerisiko beschreibe lediglich Annahmen seitens der Verwaltung.

Der Verfall der Gelder sei zu verhindern, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Mit der Entscheidung für die Variante 3 habe man aber das Klagerisiko vermindert. Der Ostrandstraße müsse die oberste Priorität eingeräumt, das Vorhaben Muldebrücke könne parallel vorbereitet werden. Auch zu dieser Vorlage werde man einen Änderungsantrag einbringen.

Herr Trocha, Fraktion der CDU, und **Herr Eichelberg, Fraktion der SPD**, äußerten, dass sie eine ähnliche Sichtweise hätten.

Das MLV schreibe die Prioritätensetzung seitens der Stadt nicht vor, so **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, aber machte in den letzten Gesprächen sehr deutlich, dass jetzt noch eine Umwidmung zu Gunsten eines alternativen Vorhabens der Stadt möglich sei. Nach Ablauf der Klagefrist Ende Januar 2012 sei dies nicht mehr möglich. Darüber hinaus sei für das Vorhaben Muldebrücke zeitnah ein vorfristiger Maßnahmenbeginn herbei zu führen, um den geplanten Ablauf bis zur Abrechnung der Mittel einhalten zu können.

Die Variante 3, mit der die Verwaltung nunmehr beauftragt wurde, bedinge ein neues Planfeststellungsverfahren, erklärte **Herr Unger, Tiefbauamt**. Da alle Verfahrensschritte erneut zu durchlaufen seien, müsse mit einem Zeitverzug bis mindestens Mitte des Jahres 2013 zu rechnen.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung bescheinigte der Variante 3 eine zeitliche Schieflage hinsichtlich des geplanten Ablauf, die eine Realisierung der Ostrandstraße bis September 2014, den Endtermin zur Abrechnung der Fördermittel, definitiv nicht zulasse. Mit dieser Beschlusslage manövriere man sich in eine Sackgasse. Die Frage stellt sich, was passiere, wenn die Brücke in zwei Jahren aufgrund des Schadensfortschritts erneuert werden muss und dann kein Geld mehr zur Verfügung stünde. Das MLV will die Mittel zeitgerecht ausreichen, sie seien nicht an die Stadt Dessau-Roßlau gebunden. Da andere Kommunen ebenso einen zeitlichen Vorlauf benötigen, wurde mit dem 30.09.2011 die Frist zur Entscheidung gesetzt.

Man könne, so **Herr Otto**, das Bauwerk 11 vorbereiten und dem MLV gegenüber beide Vorhaben anmelden. Eines von beiden ist im Verlauf ausführungsfähig zu gestalten.

In der Vorbereitung des Vorhabens Muldebrücke habe man zeitliche Zwänge zu berücksichtigen, wiederholte **Frau Jung**. Hierzu sei die Genehmigung zum vorfristigen Maßnahmenbeginn

seitens des Fördermittelgebers zu erteilen, die Ausführungsplanung sei zu bearbeiten, noch in diesem Jahr seien bauvorbereitende Leistungen zu erbringen.

Für die Entscheidung der Stadt wurde seitens des MLV der 30.09.2011 als definitiv letzter Termin genannt. Dies wurde vor der Sitzung nochmals hinterfragt und bestätigt, so **Herr Pfefferkorn**.

Dann solle man die Zeit bis zur Stadtratssitzung am 21.09.2011 nutzen, so **Herr Otto**, weitere Gespräche vor der Entscheidungsfindung durch den Stadtrat zu führen.

Nach Meinung von **Herrn Eichelberg** zeige diese Vorgehensweise des MLV sehr deutlich, welches Gewicht die Stadt Dessau-Roßlau in Magdeburg habe. Hier seien die Landtagsabgeordneten und die Verwaltungsspitze gefordert, eine Lösung mit dem Minister zu suchen.

Nachdem **Herr Beigeordneter Hantusch** nochmals deutlich darauf hinwies, dass der Beginn des Vorhabens Muldebrücke im Jahr 2011 erfolgen müsse und das Klagerisiko für das Vorhaben Ostrandstraße aufgrund der Verfahrensfristen frühestens im Februar 2012 einzuschätzen sei, verlas **Herr Otto** folgenden **Änderungsantrag** der Fraktion Pro Dessau-Roßlau:

Beschlussvorschlag:

1. *Das Bauvorhaben Ostrandstraße ist mit höchster Priorität weiter voranzutreiben und bleibt in der Liste der im Land Sachsen-Anhalt in der EU-Strukturfondsperiode EFRE 2007-2013 geförderten Projekte.*
2. *Das Bauvorhaben Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185 wird, wie von der Verwaltung vorgesehen, vorbereitet, um für den Fall klagebedingter Verzögerungen der Realisierung des Bauvorhabens Ostrandstraße die Mittelinanspruchnahme zu sichern.*
3. *Der Landesregierung/dem Landesverwaltungsamt ist die Beschlusslage mitzuteilen, die sicherstellt, dass keine Fördermittel verfallen.*

Begründung:

Durch den Wegfall der Enteignungsverfahren durch die geänderte Knotengestaltung in der Wasserstadt reduziert sich das Klagerisiko. Trotzdem sollten mögliche Klagen bei der Trassenlänge und dem überschaubaren Konfliktpotential in kürzester Zeit zur Entscheidung gebracht werden können.

Bei Beibehaltung der bisher festgelegten Investitionsreihenfolge werden dem Steuerzahler ca. 2,2 Mio. € erspart. Durch die parallele Vorbereitung des Ersatzneubaues wird einem möglichen Verfall von Fördermitteln vorgebeugt.

Der Änderungsantrag wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 2 : 0

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich bestätigt.

Die Beschlussfassung zur Vorlage ergab folgendes:

Abstimmungsergebnis:

7 : 2 : 0

Die Beschlussvorlage wurde mit den beantragten Änderungen mehrheitlich bestätigt.

14.9. Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für den Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185
Vorlage: DR/BV/278/2011/VI-66

Einführungsbedarf bestand nicht.

Auf Nachfrage von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, ob die vorgesehene Behelfsbrücke bei Hochwasser gesperrt werden müsse, erklärte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass dies bei der Bemessung der Höhe der Behelfsbrücke Berücksichtigung fand. Eine Sperrung sei bei normalen Hochwasserständen nicht erforderlich.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

14.10. Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet B 1" der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/272/2011/VI-61

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

14.11. Gestaltungssatzung Dessau-Nord - Billigung und öffentliche Auslegung des Entwurfs (Wiedervorlage aus der Sitzung vom 13.01.2011 i. V. m. dem Schreiben von Amt 61 - ausgereicht am 09.05.2011)
Vorlage: DR/BV/406/2010/VI-61

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

14.12. Umgestaltung des Albrechtsplatzes
Vorlage: DR/BV/044/2011/VI-66

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, stellte in Anbetracht der aktuellen Prioritätensetzung die Frage, wer dieses Vorhaben favorisiere.

Die Planungen wurden als Teil der Sanierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Umsetzung mit Sanierungs- oder Stadtumbaumitteln erarbeitet, so **Frau Jung, Tiefbauamt**. Mittlerweile hätten

sich die Rahmenbedingungen geändert, jedoch sei die Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung des Albrechtsplatzes zum Abschluss zu bringen.

Auf den Einwand von **Herrn Schönemann**, dass man hier Erwartungshaltungen wecke, erklärte **Herr Maurer, Tiefbauamt**, dass die Wiederherstellung der historischen Gestaltung des Albrechtsplatzes eine Zielstellung des Verkehrsentwicklungsplanes und der Rahmenplanung im Sanierungsgebiet Dessau-Nord sei. Entsprechende Beschlusslagen des Stadtrates stellen die Grundlage der Planungen dar.

Das Projekt befürwortend, verwies **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf den Leerstand im Bereich des Albrechtsplatzes. Seine Fragen zur Führung des Radverkehrs wurden durch **Herrn Maurer** beantwortet.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

**14.13. Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 60
"Altenpflegeheim am Schillerplatz"
Vorlage: DR/BV/112/2011/VI-61**

Mit Verweis auf das vorliegende Protokoll zum Ortstermin am 14.06.2011 richtete **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Frage zum Verfahrensstand an die Verwaltung.

Da zur Erläuterung interne Belange des Unternehmens sowie Grundstücksfragen betroffen seien, bat **Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit und den Verbleib des Vertreters des Investors zu weitergehenden Erläuterungen.

Dem wurde nachgekommen, durch **Herrn Schönemann** wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

14.13.2. Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 60 "Altenpflegeheim am Schillerplatz"

(Fortsetzung des öffentlichen Teils der Diskussion zum TOP 14.13)

Herr Schönemann informierte die Öffentlichkeit, dass der Investor am Standort Schillerplatz festhalte und einen alternativen Grundstückstausch prüfe. Zum Aufstellungsbeschluss seien keine geänderten Unterlagen eingereicht worden.

Die geringe Beteiligung der Mitglieder des Bauausschusses und des Ortschaftsrates bedauernd, äußerte **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, sein Unverständnis hinsichtlich des aktuellen Zeitdrucks. Die Vorplanung sei durch den Investor nicht überarbeitet worden, die Baumasse sei am Standort deplatziert, die Gestaltungssatzung sei zu beachten.

Der Beitrag zur Belebung der Innenstadt sei, so **Herr Schwierz, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, auch im Zusammenhang mit der Zusammensetzung der Pflegestufen in dem geplanten Altenpflegeheim zu betrachten.

Die voraussichtliche Belebung sei mit den Standorten Wald- und Lukoer Straße zu vergleichen, antwortete **Herr Karohl**, da die Pflegestufenzusammensetzung als ähnlich zu bezeichnen sei.

Herr von der Heydt, Ortschaftsrat Roßlau, zeigte sich verwundert, da im Vergleich zu dem im Vorfeld diskutierten B-Planverfahren zur Biogasanlage Lukoer Straße mit zweierlei Maß gemessen werde. Bei der Biogasanlage habe sich der Ortschaftsrat gegen das Vorhaben entschieden, vom Stadtrat wurde eine befürwortende Entscheidung getroffen. Hier habe der Ortschaftsrat für das Vorhaben entschieden und der Rat sei gegen das Vorhaben am gewählten Standort. Eine Bebauung des Standorts Schillerplatz sei immer gewünscht worden und demnach sehr zu begrüßen. Er bat, die Meinung des Ortschaftsrates zu respektieren, den Aufstellungsbeschluss zu bestätigen und durch den Investor im Verlauf der Planungen Nachbesserungen vornehmen zu lassen. Im Allgemeinen sei der Umgang mit potentiellen Investoren kritisch zu hinterfragen.

Herr Schmidt bekräftigte, dass der Investor verpflichtet sei, eine mit der Gemeinde abgestimmte Planung vorzulegen. Mit dem zur Diskussion stehenden Beschluss werde dafür der Auftakt gemacht.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, dass er sich gewünscht hätte, heute diese Planänderungen beurteilen zu können. Die vorgesehene Hinterlandbebauung sei in der Art nicht nachvollziehbar.

Durch **Herrn Dr. Neubert** wurde nochmals bekräftigt, den Prozess der Planung endlich durch die heutige Beschlussfassung in Gang zu setzen und das Planverfahren zu eröffnen.

Durch **Herrn Dreibrodt** wurden die Äußerungen des Herrn Hofmeister (Ortschaftsrat Roßlau) im Rahmen des Vor-Ort-Termins folgendermaßen zitiert: „Die Stadträte und auch Ortschaftsräte waren sich einig, dass es sich hier nicht um die ideale Nutzung des Grundstückes handelt. Politische Vertreter sind damals wie heute der Meinung, dass es so wie derzeit aber auch nicht bleiben kann. Eine Bebauung der Fläche ist immer favorisiert worden. Vorgesehen war eine Bebauung mit altengerechten Wohnungen, aber die Massivität des Vorhabens hat uns überrollt. ...“. Demnach sei es nicht zutreffend, dass der Ortschaftsrat geschlossen hinter dem Vorhaben stehe.

Dem widersprach **Herr von der Heydt**. Das Vorhaben sei stets vom Ortschaftsrat mitgetragen worden.

Auf die Frage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, welche Änderungen nach Beschlussfassung an den vorliegenden Planungen möglich seien, antwortete **Herr Schmidt**, dass Einflussnahmen auf die Gestaltung des Bauwerks erfolgen können.

Dass derzeit Verhandlungen des Investors mit den Anliegern erfolgen, erklärte **Frau Guth** auf die Frage von **Herrn Otto**, ob es bei den derzeitigen Grundstücksgrenzen bleibe oder eine Erweiterung vorgesehen sei.

Herr Mau, Fraktion der CDU, verwies auf das Zentrenkonzept, das für die Innenstadt Roßlau eine Aufwertung vorsehe. Seiner Meinung nach sei der Aufstellungsbeschluss zu bestätigen und das Vorhaben weiter zu entwickeln.

Mit der Vorlage einer überarbeiteten Planung sollte das Vorhaben erneut beurteilt werden, meinte **Herr Schönemann**. Die derzeitige Vorlage weise diese Qualifizierung nicht auf.

Auch **Herr Eichelberg, Fraktion der SPD**, sah für die Beschlussfassung am heutigen Tag keine Mehrheit und befürwortete die Qualifizierung des Vorhabens.

Herr Dreibrodt ergänzte diese Meinung um den Vorschlag, eine alternative Bebauung in der Feldstraße zu prüfen.

Durch **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, wurde darauf hingewiesen, dass auch für den Standort Feldstraße die Anlieger zu hören seien.

Der durch **Herrn Schönemann** gestellte **Antrag** zur Vertagung der Beschlussvorlage bis zur nächsten Sitzung am 06.10.2011 wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 3 : 0

Die Beschlussvorlage **zurück gestellt**.

15. Öffentliche Anfragen und Informationen

Mit Verweis auf eine Anfrage aus der Bauausschusssitzung vom 29.06.2011 erläuterte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, die Folgekosten der Bauvorhaben Spielplatz Alexandrastraße und Bolzplatz in der verlängerten Porsestraße. Ein Aufwuchs der Pflegemaßnahmen entstehe nicht, da eine Umverteilung vorgenommen werde bzw. entsprechende Einsparungen entgegenstehen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde angekündigt, dass er auf eine Reaktion der Verwaltung auf seine Anfrage zur Kläranlage reagieren werde. Aufgrund der am heutigen Tage bereits fortgeschrittenen Zeit, werde er dies in der nächsten Sitzung nachholen.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

19. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 21:35 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 13.09.11

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

. Anwesenheitsliste